

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hertwig,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Mösel,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir stehen heute vor einer Haushaltsplanung, die in vielerlei Hinsicht eine **Zeitenwende für unsere Stadt** markiert.

Neckarsulm steht vor einer veränderten finanzpolitischen Realität. Die außergewöhnlich hohen Gewerbesteuererinnahmen der vergangenen Jahre – wesentlich getragen von der wirtschaftlichen Stärke der in Neckarsulm ansässigen Unternehmen - haben uns Handlungsspielräume eröffnet, die viele Kommunen nicht hatten. - Man gewöhnte sich daran. Man plante großzügig.

Diese Phase geht zu Ende.

Zugleich erreichen die **Personalkosten** eine Größenordnung, die in etwa den künftig erwarteten Gewerbesteuererinnahmen entspricht. Das ist keine Bewertung – das ist eine Feststellung. Aber es ist eine Feststellung mit Konsequenzen.

Denn diese Entwicklung trifft uns mitten in einer Phase, in der wir unsere Stadt weiterhin lebenswert gestalten, in soziale Angebote investieren und nachhaltige Zukunftsaufgaben angehen müssen.

Die beschlossene viermonatige **Wiederbesetzungssperre** ist deshalb keine überzogene Reaktion, sondern ein Akt der Vernunft. Und Vernunft ist in der Kommunalpolitik manchmal weniger spektakulär als Empörung, aber deutlich hilfreicher.

Der Haushalt 2026 verdeutlicht auch: Der Personalaufwand ist einer der größten und dynamischsten Kostenblöcke. Deshalb meinen wir Grünen: Wenn wir steuern wollen, müssen wir genauer hinsehen:

Wo können wir Aufgaben anders verteilen?

Wo können wir Mitarbeitende qualifizieren, statt Leistungen auszulagern?

Wo wirken demografische Effekte ohnehin?

Wo gibt es Doppelstrukturen in unseren Verwaltungen?

Dabei gilt: Wer überall ein wenig kürzt, übernimmt keine Verantwortung. Wer Schwerpunkte setzt, schon.

Verwaltung ist kein starres Gebilde. Sie ist ein Organismus. Und Organismen reagieren – wenn man sie lässt – erstaunlich flexibel.

Wir sind in Neckarsulm in der glücklichen Lage, noch schuldenfrei zu sein und über erhebliche **Rücklagen** zu verfügen. Das ist ein starkes Fundament. Doch Rücklagen sind kein Geschäftsmodell. Wenn wir sie dauerhaft zum Ausgleich des Ergebnishaushalts einsetzen, leben wir von der Substanz.

Doch stehen auch **wichtige und notwendige Investitionen** an, die wir nicht verschieben können oder wollen, wie folgende Beispiele:

Die **letzte Sanierungsphase der Hermann-Greiner-Realschule** muss fortgeführt werden – sie sichert gute Lernbedingungen für unsere Kinder.

Die **Unterführung am ehemaligen Bahnübergang** wird in diesem Jahr fertig gestellt und so für mehr Sicherheit im Straßenverkehr für Radfahrer- und FußgängerInnen sorgen.

Der **Neubau der Kita Pichterich** ist ein elementarer Beitrag zur frühkindlichen Bildung.

Die **Sanierung der Museumsstuben und des Gemeinschaftszentrums Ballei** sind Investitionen in unser kulturelles und soziales Miteinander.

ÖPNV, Kultur, Sport, Vereine – das alles ist nicht Beiwerk. Es ist das, was Menschen miteinander verbindet. Es ist das, was man spürt, wenn man durch eine Stadt geht und merkt: Hier lebt Gemeinschaft.

Sparen darf daher nicht bedeuten, alles gleichmäßig ein bisschen schlechter zu machen. Es muss bedeuten, klug zu priorisieren.

Beispielhaft sei hier die **Schulsozialarbeit** genannt, bei der seit langem eine komplette Stelle zu besetzen ist. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, wenn wir die bisherige Mitarbeiterin behalten wollen. Mit der Teilzeitstelle von 50% ist sie aktuell an der Grenze ihrer Belastbarkeit angekommen. Etliche Schülerinnen und Schüler brauchen dringend diese Art der Unterstützung!

Diese genannten Projekte sind keine konsumtiven Ausgaben, sondern Investitionen für die nächste Generation und in die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

Zur Zukunftsfähigkeit gehört auch der **Klimaschutz**. Die Debatte mag sich in ihrer Lautstärke verändern – die Fakten bleiben. Die Klimakrise wartet nicht höflich ab, bis wir Zeit haben.

Wenn Cem Özdemir darauf hinweist, dass **Klimaschutz ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft** ist, dann ist das keine parteipolitische Aussage, sondern eine ökonomische. Schäden durch Extremwetter, Anpassungskosten und strukturelle Risiken sind reale Belastungen öffentlicher Haushalte.

Deshalb dürfen **Klimaschutz und Klimafolgenanpassung** nicht als freiwillige Leistungen betrachtet werden. Sie **sind Teil verantwortlicher Vorsorgepolitik**.

Für Neckarsulm heißt das: Klimaschutz und Klimafolgenanpassung dürfen nicht unter den Sparzwang geraten. Stadtgrün, nachhaltiges Bauen, sichere Rad- und Fußwege – das sind keine modischen Projekte. Es sind Bausteine einer resilienten, widerstandsfähigen Stadt.

Umso bedauerlicher ist es, wenn Beschlüsse wie der geplante sichere Radweg an der Binswanger Straße wieder aufgehoben werden – trotz zugesagter Fördermittel. Verlässlichkeit ist eine Währung, die in der kommunalen und interkommunalen Zusammenarbeit nicht inflationär vorhanden ist. Man sollte sie nicht leichtfertig entwerten. Im Gegenteil, in diesen Zeiten müssen **Nachbarkommunen** als verlässliche Partner zusammenrücken, nicht zuletzt, um mögliche **Synergieeffekte** zu nutzen!

Wir müssen jetzt die Chance ergreifen, unsere Daseinsvorsorge zu sichern – und zugleich die **Vision einer ökologisch zukunftsfähigen Stadt** als ernst gemeinte Aufgabe verstehen.

Und noch etwas: Politik darf sich nicht allein an den lautesten Stimmen orientieren. Soziale Medien sind schnell. Demokratie ist langsamer. Aber sie ist gründlicher.

Bürgerversammlungen, Workshops, echte Dialogforen – sie mögen weniger spektakulär sein als Kommentarspalten, aber sie schaffen etwas, das unbezahlbar ist: **Vertrauen**.

Ein weiterer Punkt ist die **Rolle von Bund und Land**: Beide müssen ihre Verantwortung ernst nehmen. Wer Aufgaben an Kommunen überträgt, muss sie auch finanzieren. Hier gilt noch immer Konnexität: **Wer bestellt, muss bezahlen**. Das ist kein politischer Wunsch, sondern eine ordnungspolitische Selbstverständlichkeit.

Haushaltspolitik verlangt Maß und Mitte.

Weder Alarmismus noch Selbstzufriedenheit sind angemessen.

Die Herausforderungen sind groß. Aber sie sind lösbar – wenn wir strategisch denken, Prioritäten setzen und nicht in kurzfristige Reflexe verfallen.

Wir stimmen dem Haushalt 2026 zu. Nicht, weil er alle unsere Vorstellungen erfüllt. Sondern, weil er unter den gegebenen Bedingungen verantwortbar ist.

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass mittelfristig wieder eine solide Einnahmenbasis entsteht, dass klug und gerecht gespart wird, und dass strategische Zukunftsthemen – Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung, Infrastruktur, Mobilität – nicht auf der Strecke bleiben. Gleichzeitig erwarten wir, dass die begonnenen Konsolidierungsschritte konsequent weitergeführt werden: mit klaren Zielvorgaben, mit regelmäßiger Aufgabenkritik, und mit einem strategischen Blick auf die kommenden Jahre. Denn am Ende ist ein Haushalt mehr als eine Tabelle. Er bildet ab, wie wir leben wollen.

Zum Abschluss sagen wir Danke.

Unser Dank gilt der Verwaltungsspitze und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für ihren Einsatz und die gute Zusammenarbeit. Ein besonderer Dank gilt Herrn Herrmann für seine fachliche Unterstützung und den offenen, lösungsorientierten Austausch in den Fraktionen.

Ebenso bedanken wir uns bei den Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat für die gute Zusammenarbeit.

Unser ausdrücklicher Dank gilt darüber hinaus den vielen Menschen, die sich ehrenamtlich in Vereinen, Institutionen und Organisationen einsetzen. Sie leisten einen unschätzbaren Beitrag für den Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft. Ohne dieses Engagement wäre unsere Stadt deutlich ärmer.

26.02.2026

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Dr. Stefan Müller, Susanne Blawert, Beate Lang